

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Joréwicz, Biebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Sauer.

Anzeigenpreis: für die 8 gelbpatent.
Kleinzeile oder deren Raum 125 A.
Reklamazeile 350 A.

Deutsche Bank
Frankfurt (Main) Nr. 10119

16 Jahrgang

№ 123.

Befestigung.

Der Kassengehilfe August Kahl in Bierstadt ist heute von mir als Hilfsvollziehungsbeamter der Gemeinde Bierstadt vereidigt worden.

Wiesbaden, 4. März 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. Nr. II. 375/2 Schlitt

Nr. 124.
Die Ortspolizeibehörden des Kreises wolle ich
hiermit auf den in Regierungs-Unterricht Nr. 8
unter Ziffer 130 abgedruckten Ministerialerlass vom
23. 1. 1922, betr. die Zulassung von Atmen-
schutzeinrichtungen, hin.
Wiesbaden, den 3. März 1922.
Der Landrat.

Nr. 125.

Nach meinem im Amtsblatt Nr. 8 Seite 4 der hiesigen Regierung und im Amtsblatt der Stadt Frankfurt a. M. zur Veröffentlichung gelangenden Auscheiden vom heutigen Tage hat der Landesauschuß auf Grund des § 8 der Viehschaden-Entschädigungsgesetz für den Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden in seiner Sitzung vom 15. Februar 1922 beschlossen, für das Rechnungsjahr 1921 von den beitragspflichtigen Tierbesitzern an Beiträgen zu erheben:

1. zum Viehschaden-Entschädigungsfonds: 1 Mark für jedes Pferd, jeden Esel, jedes Rindvieh und jeden Maultier,
2. zum Viehschaden-Entschädigungsfonds: 1 Mark für jedes Pferd, jeden Esel, jedes Rindvieh und jeden Maultier,

für jedes Ziegen-Entschädigungsfonds: 15 Mark
3. zum Ziegen-Entschädigungsfonds: 3 Mark
für jede Siege.

Als Termin für die Beitragsverhebung ist der
20. April 1922 und als Frist für die im § 8 Absatz
2 der oben erwähnten Satzung vorgeschriebene
Offenlegung der Viehbestandsverhältnisse die Zeit
vom 18. März bis 29. März 1922 bestimmt.

Den Viehbestandsverhältnissen selbst sieht die
Ergänzung der Viehzählung vom 1. Dezember 1921
zu Grunde zu liegen.

Ist die künftige Gewähr für die Erhebung der Um-
lage ist vom Landesausschuß in der gleichen
Satzung festgestellt worden auf
je 10% der zur Erhebung kommenden Bei-
träge bei dem Pferde- und Ziegen-Ent-
schädigungsfonds und auf
3% der zur Ablieferung kommenden Beiträge
bei dem Rindvieh-Entschädigungsfonds.

Wiesbaden, den 23. Februar 1922.

Der Landeshaushaltswart in Wiesbaden.

Die Magistrats zu Biebrich und Hochheim sowie die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung gemäß § 8 der Viehepferdensteuerverordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 8. Mai 1912 (Sonderbeilage des Regierungsamtsblattes Nr. 26) die Verzeichnisse des abgabepflichtigen 1. Pferdes, Fief, Rautiers, Maultiers, 2. Androch- und 3. Liegebestandes aufzustellen und in der Zeit vom 15. März bis 29. März 1922 öffentlich auszugeben. Vor der Auslegung der Verzeichnisse ist durch öffentliche Bekanntmachung auf verständliche Weise Ort, Zeit und Zweck der Auslegung mit dem Bemerkten zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen, daß innerhalb der angegebenen Frist Anträge auf Verhütung der Verzeichnisse bei dem Gemeindevorstand angebracht werden können. Der Gemeindevorstand hat sodann über derartigen Anträge zu entscheiden und in der Entscheidung darauf hinzuweisen, daß Reklamationen gegen dieselbe binnen 10 Tagen bei mir angebracht werden können.

Die Entscheidungen des Gemeindevorstandes und dem betreffenden schriftlich gegen Empfangsbescheinigung zuzustellen.

Die Ablieferung der Beiträge an die zuständigen
Rassen hat spätestens zum 30. April 1922 zu
erfolgen.
Biesbaden, den 4. März 1922

Der Landrat.

Terminaleber.

Nr. 126.
 Erinnerung.
 Die Gemeindevorstände, die mit der Er-
 ledigung meiner Verfügung vom 8. Febr. 1922
 II. 268/1, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 15
 vom 14. Febr. 1922, betr. Einreichung von Ver-
 zeichnissen der künftigen betriebssteuerpflichti-
 gen Gewerbebetriebe nach im Rückstände sind
 werden hiernit an die Erledigung mit Trif-
 bis zum 12. d. M. erinnert.
 Wiesbaden, 6. März 1922.
 L. Nr. II. 268/2. Der Vordrat.

Fig. 127.

Die mit Erledigung meiner Verfügung vom 22. Dezember 1921, betr. die Ausführung von Dienstgeschäften durch den Kreisobst- und Weinbauinspektor im Jahre 1922 rückständigen Magistrats- und Gemeindevorstände werden an die baldige Erledigung erinnert.

Wiesbaden, 7. März 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schmitt.

Nr. 128.
Die mit der Einreichung der Zusammen-

Stellung der Einnahmen aus der Verwertung des Obstes der Gemeindeobstanlagen rückständigen Gemeindevorstände werden an die Erledigung hiermit mit Frist bis zum 15. d. M. erinnert.

Wiesbaden, 4. März 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
9-37 11 25481. Schill.

Nichtamtlicher Theil.
Brennkammer Landtag.

Berlin, 6. März. Zur gemeinschaftlichen Beratung kommen drei kommunistische Anträge, die aus Anlaß des Hungerstreiks in den Strafanstalten den Erlass einer Amnestie, die Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen und ferner die Ausforderung der an Spärien ausgelieferten Dato-Mörder verlangen. Der Amnestieantrag ist auch von der Fraktion der U. S. V. unterstützt.

Abg. S u m m a n n - H o l l e (H o m m.) begründet die Anträge auf Amnestie und Angehörigenunterstützung. Abg. R a b o l d (H. S.) den von seinen Freunden gemeinsam mit den Kommunisten gestellten Antrag auf Rückforderung der an Spanien ausgelieferten Syndikalistin. Geh. Rat Dr. S u m m a n n vom Justizministerium geht auf die einzelnen Beschwerden des kommunistischen Redners ein, um sie als unbegründet zurückzuweisen. Die Amnestie sei Sache des Reiches, die Unterstützung der Angehörigen Sache der Gemeinden. Minister Severing betont, die Frage der Auslieferung der Spanier sei vom Reich entschieden worden. Die preußische Regierung habe lediglich die Ausführung im Sinne der internationalen Verträge erledigt. (Anrufe bei den Kommunisten.) Abg. V i m b e r g (S o z.) verliest zur Auslieferungsfrage eine Erklärung seiner Fraktion, die die Auslieferung an sich bedauert, eine bessere Regelung des Asylrechts im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen verlangt, aber feststellt, daß die Reichsregierung nach Lage der internationalen Verträge nicht anders handeln konnte. (Anrufe bei den Kommunisten.) Die Forderung der Amnestie wäre nicht nötig, wenn in Deutschland noch eine geschlossene sozialdemokratische Partei vorhanden wäre und die vertriebenen kommunistische Verzehung nicht so viele Opfer gefordert hätte. (Großer Beifall bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie wünsche eine allgemeine Amnestie wegen politischer Delikte. Abg. v. A n d e r n e r - W i l d a u (D n l.) lehnt sämtliche Anträge ab, begleichen Abg. Dr. S c h m i t t - D a s s e l d o r f namens des Zentrums, Abg. H y d e n t e i c h (D. P.) verweist darauf, daß dem Zustand auch viele Schuldopfer zum Opfer gefallen sind, deren Hinterbliebene in Not sind. Er beantragt die schleunige Vorlegung des Verforgungsgesetzes für die Schupo. Angefaßt von vielen Verbrechen, die damals begangen worden sind, könnten seine Freunde einer allgemeinen Amnestie nicht zustimmen. Abg. Dr. K r i e g e (D. P.) nimmt zum Auslieferungsgesetz Stellung und billigt die Auslieferung der Datumsdröber für berechtigt. Abg. Dr. H ä p t e r - A l s o p f (D n l.) weist einzelne Angriffe des Abg. v. A n d e r n e r gegen die Regierungspartei als unbegründet zurück. Die Amnestie dürfe nicht zur Dauerentscheidung werden. Der Redner schließt sich der Haltung des Reichsjustizministers in der Auslieferungsfrage an und lehnt die Anträge ab. Abg. S c h n e t t e r (B. L.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie. — Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

Berlin, 7. März. Die gemeinschaftliche Beratung der Anträge zur Haupteile- und Auslieferungsgesetzgebung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Viehöver (H. S.) begründet seinen Antrag, der den Polizeibeamten die Annahme der von Spanien ausgehenden Bedrohung für die Verhaftung der Daimörder verhehlen will. Es folgen Entschlüsse der Abg. Kilius (Rom.) und Schulz-Neustadt (Rom.). Letzterer erwähnt dabei, daß Präsident Leiner die Abgeordneten zu einem Verabredung eingeladen und um Antwort gebeten habe. Er fährt fort: Die Antwort soll dem Präsidenten werden. Ich werte ihn die Einladung mit Berachtung ins Gesicht. Abg. Schulz wird dann tatsächlich dem Präsidenten Leiner die persönliche Einladung zu. Dieser Bescheid wird von der Mehrheit des Hauses mit stürmischen Entfesselungsfestungen und Rufen wie „Bist“ und „großer Mann“ begleitet.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Förderung des Bodenerwerbssteuern. Nach dem Gesetz werden der Steigerung 100 Millionen Mark zur Förderung der Bodenerwerbssteuern zur Verfügung gestellt. Der Ausschuss hat der Vorlage zu-

gestimmt mit der Forderung, daß der Betrag auf 500 Millionen erhöht wird. Er verlangt in zwei Entschlüssen, daß diese für die ausschließliche Bodenerbesserung aufzuwendenden Kosten von Eisenbahnen Einkommen abzugsfähig sein sollten und die ordnungsmäßige Verwendung der zur Bodenerbesserung verwendeten Mittel durch eine zweckmäßige Organisation kontrolliert werden soll. In zweiter und dritter Beratung wird die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen mit den Entschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Bremen und Eining, die gemäß dem Antrage des Gemeindeausschusses in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen wird. Der Gesetzesentwurf zur Hebung des Mittel- und Hochschulunterrichts wird dem Beamtenausschusse zur Vorbereitung überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann auf Mittwoch.

Tages-Bundesan.

Stapp will sich stellen.

Die „Dresdener Nachrichten“ veröffentlichen folgende Zuschrift, die mit der handschriftlichen Unterzeichnung Wolfgang Kapp versehen ist.

„Schweden, 1. März 1922. Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zuschrift teile ich der Schriftleitung mit, daß ich heute dem Reichsgericht meine Bereitwilligkeit erklärt habe, mich unter Verzicht einer Sicherheit von Hunderttausend Mark gegen Gewährung freier Geleits und Verpflegung von Untersuchungsgehalt zu stellen. Grundtätig stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Beiz der Macht lediglich einem tatsächlich begangenen Hoch- und Landesverrat verdankt, weder das Recht hat, über Hochverrat zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelche Ansprüche darauf erheben darf, daß ein durch sie des Hochverrats Beschuldigter Recht bei ihr sucht. Obwohl mir eine Ausfertigung der gegen Regierungspräsident v. Jagow ergangenen Reichsgerichtsentcheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, entnehme ich doch dem mir darüber inwärtigen bekannt gewordenen Inhalt, daß ein Fehlprozeß des Gerichts vorliegt. Herr v. Jagow ist nach meiner Überzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist endgültig. Da mir aber aus vertriebenem Verantlassung die gleiche Handlung zur Last gelegt wird, wie die, wegen deren Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so läßt ein neues gegen mich durchgeführtes Verfahren tatsächlich dieselbe Rechtswirkung aus, als fände eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ehr- und Gewissens halber will ich, für den Verurteilten einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbststellung abgehalten haben, zu schweigen. General Freiherr v. Lüttich und die anderen im Ausland befindlichen Herren, die am Märzunternehmen beteiligt gewesen sind, werden, dem natürlichen Antriebe ihrer vornehmen Gesinnung entsprechend, den Wunsch haben, meinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen. Alle bitte ich dringend, hiervon Abstand zu nehmen und mir als vollständigem Haupt des März-Unternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie sehr für mein Vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch für geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären sie meine eigenen, wahrgenommen werden.“

Wolfgang Kapp,
Königlich Preussischer Wirklicher Geheimen
Oberregierungsrat."

Stegerwald über den christlich-nationalen Staat.

In Bodum sprach am Sonntag Siegerwald auf einer Tagung der Arbeiter-Zentrumsräppler Westdeutschlands. Siegerwald vermahnte auf die beiden großen Religionsgemeinschaften und erklärte, christlich und national müsse das Bindeglied sein. Nur die christliche Gemeinschaft, trotz dem Kommunismus und engerzigen Klassenpolitik könne das deutsche Volk zur Gesundheit bringen. Er habe nicht verstanden, daß das Zentrum seine religiöse Grundeinstellung aufgeben solle, aber das Zentrum möchte, von seiner christlichen Weltanschauung ausgehend, dem Volke eine bessere, tiefere einheitliche politische Denkwelt übermitteln. Ausgehend von der Fierz des Ungeheuren der beiden Religionsgemeinschaften, erwog Siegerwald den Gedanken zweier Parteien mit möglichst einheitlichem Programm und dauernder Arbeitsgemeinschaft. Die bisherigen Parteienformen seien keine politischen Weltensysteme. Das Wesentliche sei, daß der gläubige Volksteil in Deutschland ein einheitliches Verhältnis zum Staate finde und daß alle, die christlich und national denken, sich zu einer dauernden politischen Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden und sich damit auf lange Sicht die Führung des Staates sichern. Nur im Rahmen eines nationalen Staates und einer nationalen Wirtschaft könne die berufshändige Solidarität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich so weiterbilden und vervollkommen, wie es ihr Ziel sei: Daß der Arbeitnehmer nicht nur Objekt der Wirtschaft sei, sondern Mitträger und Mitbestiger an den Produktionsmitteln.

Neue Gehalts- und Lohnforderungen

Am 3. März haben die fünf Spitzenorganisationen (Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Fabund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe übermittelt, in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung sofortige Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben gefordert wird. Wie der „Vorwärts“ mittelt, hat die Reichsregierung den Termin für die Verhandlungen mit den Organisationen auf Freitag, den 10. März, festgesetzt. Kurzzeit finden unter den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das praktische Zusammenarbeiten statt.

Eine Rede des Innenministers
Rathenau.

Berlin, 7. März. Im Hauptaus-
schuß des Reichstags beipflichtet der Reichs-
minister des Äußern, Rathenau, bei Be-
ratung des Haushaltsplanes seines Ministeri-
ums zunächst die drei Auffassungen, die gegen-
über dem Reparationsproblem in Deutschland
erkennbar seien. Er betonte dann, er habe in
seiner Rede im Reichstag über das Repara-
tionsproblem erklärt, daß das Maß der Er-
füllung gegeben sei durch die Frage, wie
weit man ein Volk in Not geraten
lassen dürfe. Dieses „dürfe“ habe er
unterstrichen und unterstreiche er nochmals,
denn darin wäre die sittliche Verpflichtung mit-
enthalten, nur bis zu dem Punkt zu gehen,
den ein Staatsmann verantworten könne. Jede
andere Auslegung dieser Worte sei ein Miß-
verständnis oder böswillig. Psychologisch habe
schon das Vorgehen der Regierung als richtig er-
wiesen. Die Sprache der Tatsachen sei so stark,
daß heute in allen Ländern das Reparations-
problem von neuem studiert werden müsse. Ge-
rade in diesem Moment schwebten Verhand-
lungen darüber, auf welches Maß die Repara-
tionen für 1922 begrenzt werden sollen. Im
weiteren Verlaufe seiner Rede führte der Mi-
nister aus, daß die zerstörten Gebiete Frank-
reichs wieder hergestellt werden müßten. So
lange sie als Wüstenen zwischen Deutschland
und Frankreich liegen, würden sie ein Symbol
der Spaltung zwischen den Völkern bleiben.
Während das Ergebnis von Wiesbaden nach-
denken hin den beabsichtigten Erfolg gegerichtet
habe, sei es im Innern zum Anlaß einer
schweren Agitation und Kontroverse geworden,
und zwar nicht nur gegen die Sachleistungen,
Die Argumentationen, die dieser Kontroverse
zur Unterlage dienten, machten es jedem Un-
voreingenommenen klar, daß es weniger wirt-
schaftliche als politische Fragen waren, die die
große innerpolitische Agitation gegen Wies-
baden hervorgerufen haben. Das Ergebnis
von Cannes sei kein negatives gewesen, wenn
auch durch die Amtsniederlegung des französi-
schen Ministerpräsidenten die Konferenz leider
nicht hätte zu Ende gebracht werden können.

Nathanael erklärte weiter, daß er nicht erwarten könne einem aus vierzig nicht durchweg am Friedensvertrage beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genuefer Konferenz darstelle, das Reparationsproblem und der Versailler Vertrag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Dafür sei Genua niemals der Ort. Wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Umrissen der Weltanfranzung erörtert werden, und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchen, die zur Behandlung des ganzen Kontinents führen. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein; die voraussichtlich dieses und des nächsten Jahr in Anspruch nehmen würden. Die Konferenz gebe uns die Möglichkeit zu mündlicher Ausprache mit den Staatsmännern unserer Nachbarvölker. Der Weg sei unter allen Umständen dem Austausch von Noten vorzuziehen. Was die Entwidung des Reparationsproblems selbst betreffe, werde das hierfür zuständige Gremium voraussichtlich die Reparationskommission bleiben. Zunächst könne es sich nur um provisorische Lösungen handeln. Auf der einen Seite sei ein gewaltiges Geldbedürfnis bei den empfangsberechtigten Staaten vorhanden, auf der anderen Seite sei die Zahlungsstrafe Deutschland besonders in Barmitteln, außerordentlich begrenzt. Die Belastungszahlung von 31 Millionen, die uns als Vorprovisorium für die ersten Monate 1922 auferlegt ist, habe der Weltkredit bereits in ihrem Maße zu Unannehmlichkeiten Deutschlands beigetragen. Man dürfe sagen, daß die deutsche Leistungsfähigkeit in der Barzahlung direkt ihr Maß finde in der Bewertung des Dollars an der Berliner Börse.

56. Kommunallandslag.

Mar 1929.

Ein Brief vom Bürgermeister

mitmädchen in Frankfurt. Bei Erweiterungsbauten
August 1901. Die beiden ersten sind in der ersten Reihe, die beiden

Der Sänger als Schauspieler.
Wirt vom Odenhaus absolviert an

Das städtische Wohnungsamt hat für 1922

im Durchschnitt rund 73 Millionen Mark betragen sollen. Der Herstellungspreis ist für eine Reubaumwohnung

sp Obacht in diesem Jahre und in den näch

1994

weil sie Anzeige nicht erstattet hatte. Der Anzeiger wurde wegen wissentlich falscher Anschul-

Mainz. Es ist der Kriminalpolizei gelungen, das Verstecknis des Einbrechers im kleinen

Discussion

aus Berlin, 7. März. Heute nachmittag 4 1/2 Uhr führte das Postzugzeug 626 der Deutschen

Berlin, 8. März. Der Arzt, Dichter und Philo-
soph. Geh. Sanitätsrat Dr. Karl Ludwig

Der Kampf gegen die deutschen Namen in aller Welt. Die Umwertung des deutschen Geldes mod.

Buntar, 8 Mei 1961

Stöln. Statt Ladung durch Zustellungsurkunde wurden in letzter Zeit die Anschuldigungen durch

In Wiegen im Hannoverschen sind nach einer Blättermeldung in der letzten Woche sieben Gehörte

Stunde 2: Grundlagen

Berlin, 8. März. Heute nachmittag findet vornehmlich eine Abrechnung zwischen dem

Wie die „Germania“ erfährt, haben am Montag im Reichslinienministerium zwischen dem

Das Steuergesetz.

ausschließlich bereits am Samstagabend zusammengetreten
hätten, um die Schuldberatungen vorzunehmen.

Der Stand der Getreideversorgung.

mahltag noch 90 Prozent betrug, konnte er bereits am 15. Oktober 1920 auf 65 Prozent

Sehte Nachrichten.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Das verlor ne (Sch.

Roman von E. Ardeberg.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
 Was zwei nicht kann und Dein Vater auch

Mutter, haben wirklich die Hartensteins noch einen Schatten von Recht auf Stolz?

Aber sie enden kläglich, Mutter! Der letzte männliche Erbe war ein Betrüger, der sich vor dem

Das Gesicht der alten Dame sah jetzt vergrämt und verlassen aus. Der ganze grausame Kummer

Das wissen wir beide, auch ohne daß wir es uns gegenseitig immer von neuem ins Gedächtnis

Sage lieber, daß sie dem Familienstolz ist aufgeopfert worden.

— Je mehr man versteht, je mehr man spricht,
[diesen mögen: seht, das habi ihr aus mir gemacht,
ein verkehrtes, eignes Gleichniß!

Reinst Du, daß Dein Unglück mir nicht am Herzen riß. Tag und Nacht? — Reinst Du, daß ich

Legen Sie die Hände an den Hals und streicheln Sie mit zitternder Hand Ihre weichen Wangen, über die langsam dicke

Die Mutter umschlang sie tröstend fest mit
ihren Armen.

einen Platz im Leben erringt, wirst Du auch wieder
Rückfragen auf Dich selber gewinnen und der Frage

kommen läßt, Mutterchen, daß Du in Deinem Alter noch ums tägliche Brot schaffen mußt, was Du ni

Das darfst Du nicht denken! Mir ist am liebsten bei meiner Arbeit. Was sollte ich nur mit dem langen

